

# Forschungen

Dietmar Süß

## A scheene Leich? Stand und Perspektiven der westdeutschen Arbeitergeschichte nach 1945

Ein Hauch von Wehmut liegt in der Luft, wenn von der Geschichte der westdeutschen Arbeiter nach 1945 die Rede ist. Was nur ist aus ihm geworden, dem ‚Proletariat‘? Wo sind sie geblieben: die großen Organisationen der Arbeiterbewegung, die Kultureinrichtungen, Sportvereine und Selbsthilfeinstitutionen, der Konsum und der Arbeiterradfahrerclub? Die Arbeiter ‚entproletarisiert‘ und aufgegangen in der ‚nivellierten Mittelstandsgesellschaft‘, die Arbeiterbewegung überholt von der demokratischen Massenkultur der Industriegesellschaft? Was noch in den späten 1980er Jahren eine leidenschaftliche Debatte über das Erbe und die Zukunft der Arbeiterbewegung auslöste, ist inzwischen weithin akzeptierter Kanon.<sup>1</sup> Werner Abelshäuser hat dies jüngst noch einmal betont: „Das Ende der ‚Proletarität‘ ist seit langem verkündet, die Arbeiterbewegung für tot erklärt. Warum also in Leichen stochern?“<sup>2</sup> Folgt man dieser Einschätzung, dann sollte man die Toten ruhen lassen und sich getrost anderen Themen zuwenden. Denn schließlich habe es in der Vergangenheit ja „Legionen von Historikern aus dem Ruhrgebiet“ gegeben, die sich ausführlich um die Leichenbeschau gekümmert hätten. Die Arbeitergeschichte der Bundesrepublik also ein alter Hut, oder, auf gut bayerisch, ‚scheene Leich‘?

Mit seiner Einschätzung, das Thema stehe nicht gerade im Brennpunkt historiographischer Debatten, hat Abelshäuser sicher Recht. Denn selbst die Organe, die einst mit den Innovationsschüben der Arbeitergeschichte groß und erfolgreich geworden sind, *Geschichte und Gesellschaft* beispielsweise, aber auch das *Archiv für Sozialgeschichte* oder die *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, haben der westdeutschen Arbeitergeschichte der Nachkriegszeit allenfalls sporadisch Aufmerksamkeit geschenkt.<sup>3</sup> Gegen diese historiographische Baisse steht freilich der noch immer nicht überholte Befund Gerhard Schildts aus dem Jahr 1996: „So häufig und sorgfältig die Konstituie-

1 Vgl. u.a. Manfred Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 166f.; Peter Graf Kielmansegg: *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 418ff.

2 Werner Abelshäuser: „A scheene Leich“, in: FAZ vom 29.4.2003.

3 Eine Ausnahme u.a. Michael Schneider: *Gibt es noch ein Proletariat? Aktuelle Beobachtungen zu einer alten Kategorie*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 28 (1988), S. 517–524.

rung der Arbeiterklasse untersucht worden ist, so impressionistisch sind bisher die Kenntnisse vom Auflösungsprozeß der Arbeiterklasse.<sup>4</sup> Und auch Klaus Schönhoven hat noch vor wenigen Jahren auf den Mangel regionaler und lokaler Untersuchungen hingewiesen, die sich mit den „Tendenzen struktureller und kultureller Modernisierung“<sup>5</sup>, der Lockerung traditioneller Bindungen innerhalb des sozialdemokratischen Milieus und den Phasen und Geschwindigkeiten sozialer Veränderungsprozesse auf der Mikro- und Mesoebene beschäftigen. Während Darstellungen zur Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert inzwischen ganze Kellergewölbe füllen, schien die westdeutsche Nachkriegszeit für viele eher uninteressant, suchte man hier doch vergeblich die Nestwärme der alten, untergegangenen Arbeiterbewegung. Und so ist die Geschichte der Arbeiter und ihrer Organisationen in der zweiten deutschen Demokratie,<sup>6</sup> der Erosions- und Transformationsprozess sozialdemokratischer<sup>7</sup> und kommunistischer<sup>8</sup> Arbeitermilieus,<sup>9</sup> der Wandel der Lebensbedingungen, der industriellen Arbeitsbeziehungen und das Verhalten der Arbeiter zwischen Wirtschaftswunder und Wirtschaftskrise in den siebziger Jahren merk-

4 Gerhard Schildt: Die Arbeiterschaft im 19. und 20. Jahrhundert, München 1996, S. 104; diesen Befund hat, mit Blick auf das Ruhrgebiet, auch noch einmal Werner Plumpe betont: Rezension von Christoph Nonn: Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969, Göttingen 2001, in: HZ 277 (2003), S. 267–270, hier S. 267.

5 Klaus Schönhoven: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: GG 25 (1999), S. 123–145, hier S. 139.

6 Wichtige Aspekte der Jahre zwischen Kriegsende und Währungsreform sind dagegen inzwischen intensiver erforscht. Vgl. Michael Fichter: Aufbau und Neuordnung. Betriebsräte zwischen Klassenolidarität und Betriebsloyalität, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 469–549; Michael Rütger: Zwischen Zusammenbruch und Wirtschaftswunder. Betriebsratstätigkeit und Arbeiterverhalten in Köln 1945 bis 1952, Köln 1991; zwar umstritten, aber nach wie vor von großem Wert sind die Arbeiten, die im Rahmen des LUISIR-Projekts durchgeführt worden sind. Vgl. dazu beispielhaft Michael Zimmermann: „Geh zu Hermann, der macht dat schon“. Bergarbeiterinteressen im nördlichen Ruhrgebiet, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hg.): „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet. Bd. 2, Berlin/Bonn 1983, S. 277–310; ebenfalls anregend Alexander von Plato: Nachkriegssieger. Sozialdemokratische Betriebsräte im Ruhrgebiet – Eine lebensgeschichtliche Untersuchung, in: ebenda, S. 311–359.

7 Vgl. dazu Dietmar Süß: Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945–1976, München 2003.

8 Vgl. dazu Till Kössler: Militante Tradition und Zivilgesellschaft. Kontinuität und Wandel des Kommunismus in der Bundesrepublik 1945–1960, in: Thomas Kühne (Hg.): Von der „Kriegskultur“ zur „Friedenskultur“? Zum Wandel der politischen Mentalität in Deutschland seit 1945 (Jahrbuch für historische Friedensforschung, Jg. 9), Münster 2000, S. 219–242 und ders.: Abschied von der Revolution. Kommunisten in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2004.

9 Für eine langfristige Deutung vgl. Klaus Tenfelde: Historische Milieus – Erbllichkeit und Konkurrenz, in: Michael Hettlage/Paul Nolte (Hg.): Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 247–268, und ders.: Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert: Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 11. Juni 1997 (Gesprächskreis Geschichte 19), Bonn 1998.

würdig *blass*<sup>10</sup> und über viele Jahre, wenn überhaupt, ein Forschungsfeld der Soziologen geblieben.

Dabei hätte der Gegenstand und mithin die Frage, was ein „Arbeiter“ überhaupt noch ist, durchaus größere Aufmerksamkeit verdient. Drei zentrale Entwicklungen mögen verdeutlichen, was die Jahre des „großen Abräumens“<sup>11</sup> für einen Kumpel, einen Bau- oder Industriearbeiter bedeuten konnten: Die Reallöhne verdoppelten sich allein zwischen 1950 und 1965, so dass die Arbeiterhaushalte langsam aber stetig ihrer früheren Enge und Beschränkung, ihrer ‚Proletarität‘ entwachsen. Konsumchancen stiegen und Ausbildungsmöglichkeiten verbesserten sich. Viele Arbeiter konnten erstmals Wohneigentum erwerben, bei manchen blieb sogar etwas am Monatsende übrig, das gespart werden konnte.<sup>12</sup> Dieser sozialgeschichtlich revolutionäre Prozess,<sup>13</sup> der das Gesicht der Arbeiterschaft grundlegend umformte, betraf auch die Situation am Arbeitsplatz. Die Arbeitszeit sank und näherte sich schrittweise der 40-Stunden-Woche. Eine der zentralen gewerkschaftlichen Forderungen der fünfziger Jahre, „Am Samstag gehört Vati mir“,<sup>14</sup> konnte damit für die Arbeiter der meisten Branchen verwirklicht werden. Mit der Vollbeschäftigung verlor schließlich – zumindest bis Ende der sechziger Jahre – auch die Arbeitslosigkeit als gemeinsames Risiko der Arbeiterschaft ihren

10 Vgl. u.a. Paul Erker: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1991; ders.: Die Arbeiterschaft bei MAN 1945–1950, in: Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiterschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 546–572; einen ersten knappen Überblick über die Geschichte der SPD in einzelnen Bundesländern gibt Helga Grebing: Von der „Traditionskompanie“ zur „Staatspartei“. Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. FS für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 205–221; ferner Katrin Kusch: Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951), Mainz 1989; Renate Meyer-Braun: Die Bremer SPD 1949–1959. Eine lokal- und parteigeschichtliche Studie, Frankfurt am Main 1982; auf breiter Quellengrundlage vor allem Holger Martens: Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945–1959, 2 Bde., Paderborn 1998; wichtig Stefan Goch: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990; Rainer Bovermann: Das „rote“ Rathaus. Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets am Beispiel Dortmund 1945–1964, Essen 1995; eine neue Perspektive bietet Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

11 Hans-Peter Schwarz: Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3: Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1984, S. 278–293, hier S. 289.

12 Vgl. dazu York Dietrich: Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950–1961, Düsseldorf 1996.

13 So Josef Mooser: Abschied von der „Proletarität“. Zur Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 143–186, hier S. 162.

14 Vgl. Matthias Frese: „Samstags gehört Vati mir“. Arbeit und Freizeit von Frauen und Männern in der gewerkschaftlichen Diskussion der frühen Bundesrepublik Deutschland (1949–1965), in: Westfälische Forschungen 45 (1995), S. 73–101.

bedrohlichen Charakter. Hatten Arbeiter bis dahin immer unter der Unsicherheit und konjunkturellen Abhängigkeit des Arbeitsplatzes gelitten, so stärkte die Nachfrage nach der knappen Ware Arbeit ihre Stellung in der Wirtschaft erheblich. Gleichzeitig sank der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik: Waren 1882 noch 88,7 Prozent aller Lohnabhängigen Arbeiter, so reduzierte sich der Anteil bis 1950 auf 71,8 Prozent, und 1990 lag er bei nur 41,9 Prozent, Tendenz sinkend.

Drei Fragen sollen dazu dienen, sich diesem vielschichtigen Prozess zu nähern: Erstens soll es um die „Poetik“<sup>15</sup> der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte nach 1945 gehen, zweitens wird ein knapper Überblick über den Stand der Forschung geboten, und drittens werden einige mögliche methodische Anregungen und Untersuchungsfelder skizziert.

## Das Ende der Arbeitergeschichte

Das Schlagwort vom „Ende der Arbeiterkultur“, das auch einen der Fluchtpunkte der Diskussion um die Arbeitergeschichte der Bundesrepublik bildet, reflektiert nicht nur einige der zentralen Forschungstrends innerhalb der Historiographie der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik.<sup>16</sup> Diese Grabgesänge sind zugleich selbst Deutungsversuche und Perzeptionen der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. „Der lange Abschied von der Arbeiterbewegung“, so Helga Grebing, „scheint kein Ende zu finden. So erwarten die einen schon lange ungeduldig das Ende der Arbeiterbewegung und sehen es als von der Geschichte beschlossen. Die anderen, als lebensgeschichtlich mit der Arbeiterbewegung Identifizierte, können diesen Abschied gefühlsmäßig kaum aushalten oder bestenfalls unter Zuhilfenahme ihres Kopfes ertragen.“<sup>17</sup> Einer derjenigen, die den Niedergang der Arbeiterbewegung bedauerten und ihr Versagen beim Wiederaufbau nach 1945 vorwarfen, war schon zu Beginn der sechziger Jahre Theo Pirker, der einflussreiche Berliner Sozialwissenschaftler und engagierte Sozialdemokrat.<sup>18</sup> SPD und Gewerkschaften, so seine Einschätzung, hatten sich allzu zaghaft gegen die Politik der Alliierten in den Westzonen gewehrt, die kapitalistische Wirtschaft zu restaurieren. Eine demokratisch-sozialistische Neuordnung sei im Westen auch deshalb gescheitert, weil die SPD und ihre führenden Funktionäre darauf verzichtet hätten, an die antikapitalistische Tradition der alten Arbeiterbewegung anzuknüpfen. Die Parteispitze habe bewusst davon abgesehen, die sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen wie-

15 Thomas Welskopp: Mißglückte Bildungsromane, Naturgeschichten, inverse Heldenepen und Reiseberichte aus dem Land der „guten Wilden“: Zur „Poetik“ der älteren Arbeitergeschichte, in: Jan-Otmar Hesse/Christian Kleinschmidt/Karl Lauschke (Hg.): *Kulturalismus, neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte*, Essen 2002, S. 87–116.

16 Vgl. auch Klaus Tenfelde: *Überholt von der demokratischen Massengesellschaft. Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur*, in: FAZ vom 7.3.1988.

17 Helga Grebing: *Die SPD – eine Allerwelts- und Jedermann-Partei?*, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel – Soziale Demokratie – 125 Jahre SPD*, Köln 1988, S. 29–42, hier S. 29f.

18 Theo Pirker: *Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland*, München 1960; ders.: *Die verordnete Neuordnung. Grundlagen und Erscheinungen der Restauration*, Berlin 1977.

derzubeleben. Ziel sei es gewesen, das Schwergewicht auf die Politik in den Parlamenten und nicht auf das Parteileben im „Stile und im Sinne der alten deutschen Arbeiterbewegung“<sup>19</sup> zu setzen. Die Modernisierung der Sozialdemokratie, die Entideologisierung, die kulturelle Öffnung der Programmatik und die zunehmende Etatisierung der Parteifinanzierung stellten einen entscheidenden Bruch in der Geschichte der Arbeiterbewegung dar. Damit sei das Prinzip der milieuspezifischen Solidarität abhanden gekommen, das die Vorform einer nichtbürgerlichen Gesellschaftsordnung gewesen sei. Der Reformismus der Partei- und Gewerkschaftsapparate habe das Grundprinzip der „Solidarität“<sup>20</sup> aufgehoben und traditionelle Bereiche der Arbeiterbewegung wie das Genossenschaftswesen bewusst ausgetrocknet.<sup>21</sup>

Pirker beschreibt diesen Prozess als Geschichte des Traditionsverlustes, als einen schwer wiegenden strategischen und programmatischen Fehler der SPD-Spitze. Das Diktum vom „Ende der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik“ wird damit gleichsam zum politischen Kampfbegriff gegen den soziokulturellen Wandel der SPD von der milieugebundenen Klassen- zur konfessions- und schichtübergreifenden Volkspartei.<sup>22</sup> Dieses Leitmotiv wurde in den siebziger und achtziger Jahren wiederholt aufgegriffen, variiert<sup>23</sup> und angereichert mit polemischen Spitzen gegen den vermeintlich restaurativen Gesamtcharakter der Nachkriegsgesellschaft.<sup>24</sup> SPD und Gewerkschaften hätten den eigentlich „klassenbewussten“ Arbeiter und sein revolutionäres Potenzial erst diszipliniert, dann in das spätkapitalistische System integriert und mit dem Reformismus gleichsam die Arbeiterklasse um die Revolution betrogen – Arbeitergeschichte als die große Verratsgeschichte der Sozialdemokratie.<sup>25</sup>

Klaus Tenfelde gab dieser Debatte 1991 eine neue Stoßrichtung. Er betonte, dass bereits in den zwanziger Jahren tiefgreifende Wandlungs- und Erosionsprozesse innerhalb des Arbeitermilieus eingesetzt hätten.<sup>26</sup> „Die Kongruenz der Klassenerfahrung am Arbeitsplatz und

19 Theo Pirker: „Vom Ende der Arbeiterbewegung“, in: Rolf Ebbighausen/Friedrich Tiemann (Hg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker, Opladen 1984, S. 39–51, hier S. 48.

20 Ebenda, S. 48f.

21 Ebenda, S. 51.

22 Peter Lösche/Franz Walter: Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei, Darmstadt 1992.

23 Besonders einflussreich die knappen und oftmals nur verzerrt rezipierten Überlegungen von André Gorz: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt am Main 1980.

24 Vgl. dazu auch Arno Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte – Ziele – Wirkungen, Düsseldorf, Köln 1980, S. 354 ff.; allgemein zur Diskussion vgl. Christoph Kleßmann: Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihrer Kritiker, in: GG 11 (1985), S. 476–494; Lutz Niethammer: Rekonstruktion und Desintegration: Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Heinrich August Winkler (Hg.): Politische Weichenstellung im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979.

25 Vgl. auch Karl Heinz Roth: Die „andere Arbeiterbewegung“ und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1977; ders. (Hg.): Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation einer Debatte, Hamburg 1994.

26 Klaus Tenfelde: Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, in: Miller: Wandel, S. 155–172; ders., Ende der Arbeiterkultur: Das Echo auf eine These, in: Wolfgang Kaschuba u.a. (Hg.): Arbeiterkultur nach 1945 – Ende oder Veränderung, Tübingen 1991, S. 19–30.

vor den Betrieben<sup>27</sup> sei durch wirtschaftliche, soziale und demographische Entwicklungen seit den 1920er und besonders seit den 1950er Jahren abgeschwächt worden. Die Gleichschaltungspolitik des Nationalsozialismus, aber auch die allmähliche Angleichung der Lebensverhältnisse nahmen nach 1945 der Arbeiterexistenz ihre Klassenspezifität. Während Pirker im Arbeitermilieu eine Art vorbildhafte Gegenkultur zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen glaubt, sah Tenfelde der Kultur der Arbeiter eine gewisse Bürgerlichkeit gleichsam eingeboren, die es gar nicht notwendig machte, von der ‚Verbürgerlichung‘ der Arbeiterschaft zu sprechen. Das Godesberger Programm und die Öffnung der Sozialdemokratie werden in Tenfeldes Interpretation zum notwendigen Schlussakkord einer historisch lange angelegten Entwicklung, an deren Ende die ‚alte Arbeiterbewegung‘ zu Grabe getragen wird und aus ihrem Erbe eine neue sozialdemokratische Volkspartei erwachsen kann. Tenfelde klagt deshalb auch nicht über vertane Chancen, sondern sieht im Ende der Arbeiterkultur die notwendige Voraussetzung einer erfolgreichen Politik in der modernen Gesellschaft, für die „soziale Romantik“<sup>28</sup> nur Ballast sei.

Tenfeldes pointierte Interpretation rief vor allem bei solchen Historikern erhebliche Kritik hervor, die sich einer primär alltagsgeschichtlichen, anthropologisch-subjektbezogenen Perspektive verpflichtet fühlten. „Wir müssen uns wohl doch klarer entscheiden“, meinte Wolfgang Kaschuba, „ob mit der Arbeiterkultur nun von kaum mehr als 50 Jahren organisierter ‚Arbeiterbewegung‘ oder von doch mehr als einem Jahrhundert ‚Arbeiterleben‘ die Rede sein soll. Neigt man letzterem zu, so ist die Frage nach der Lebensweise von zentraler Bedeutung, weil sie zu allererst die geschichtliche Kontinuität verkörpert und weil ihre symbolische Strukturierung als Alltagskultur die ‚proletarische‘ Wahrnehmung von Gesellschaft wie in einem Spiegel wiedergibt. Arbeiterkultur, so aufgefasst, muss sich dann mehr über die subjektive Wirklichkeit und das kognitive System des Alltagslebens definieren als über die formellen und institutionellen Gebilde der Politik“.<sup>29</sup> Einig war man sich in der generellen Einschätzung, dass sich die „Arbeiterklasse“ in der Bundesrepublik als gesellschaftliche Formation weitgehend aufgelöst und sich damit auch jenes politische Selbstverständnis verflüchtigt habe, „das sich im Sinne einer historisch gewachsenen kollektiven Identität an Zielen und Institutionen von ‚Arbeiterpolitik‘ festmachte“.<sup>30</sup> Gegen die These vom „Ende der Arbeiterkultur“ führte Kaschuba vor allem jene langfristigen Konstanten im Arbeiterleben an, die keineswegs durch den westdeutschen Sozialstaat aufgehoben worden seien und die unabhängig von der organisierten und untergegangenen Arbeiterbewegungskultur fortwirkten: klassenspezifische Lebensstile beispielsweise oder die soziale, über den Körper vermittelte Identität „durch Arbeit“, sowie geringe Bildungs- und Aufstiegschancen. Ein Gutteil der Debatte beruhte auf einer konstruierten Frontstellung zwischen ‚traditioneller‘ Sozial- und damals ‚neuer‘ Alltagsgeschichte und daraus abgeleiteten unterschiedlichen Begriffen von

27 Tenfelde: Ende und Erbe, S. 165.

28 Ebenda, S. 172.

29 Ebenda, S. 49.

30 Wolfgang Kaschuba: Arbeiterkultur heute. Ende oder Transformation?, in: ders.: Arbeiterkultur, S. 34.

„Arbeiterkultur“. Während die empirischen Befunde nicht weit auseinander lagen, unterschieden sich allerdings die ‚großen Erzählungen‘ der Nachkriegsgeschichte deutlich voneinander. Der narrative Spannungsbogen reichte von der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Verrats-, über die proletarisch-arbeiterkulturelle Untergangs- bis hin zur eigensinnigen Überlebensgeschichte der Arbeiterschaft nach 1945.

## Methodische Probleme

Über den empirischen Gehalt aller drei Erzählweisen ließe sich nun trefflich streiten. Doch anders als erwartet, ebte die Diskussion nach der kurzen Eruption rasch wieder ab. Die Zeitgeschichte, die sich gerade erst intensiv der Sozialgeschichte der Bundesrepublik zu widmen begonnen hatte, richtete nach dem Fall der Mauer zunächst ihre ganze Kraft auf die Analyse des untergegangenen „Arbeiter- und Bauernstaates“. Gleichzeitig geriet die Arbeitergeschichte insgesamt in eine Identitätskrise. War erst die Arbeiterkultur und das Proletariat verschwunden, so schien nun auch noch die Arbeitergeschichte vor ihrem nahen Exitus zu stehen. Von Krise und „Ende“ der Arbeitergeschichte war deshalb immer und immer wieder die Rede.<sup>31</sup>

Kaum strittig dürfte sein, dass der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und damit der Bedeutungsverlust körperlicher Arbeit sowie die Implosion des doktrinen Staatssozialismus nach 1989 für die Krisenperzeption mitverantwortlich waren. Doch sind es vermutlich nicht nur politische, sondern in noch stärkerem Maße methodische Probleme, die die Arbeitergeschichte in die Defensive gezwungen haben. Arbeitergeschichte hat in den späten sechziger und siebziger Jahren als Motor der modernen Sozialgeschichte die Forschung maßgeblich voran gebracht. Allerdings sind inzwischen einige der ursprünglichen Ausgangshypothesen ins Wanken geraten. Die Vorstellung, mit der Durchsetzung des Kapitalismus sei ein dominanter Typus von Lohnarbeit und eine Arbeiterschaft mit einem geschlossenen Klassenbewusstsein entstanden, ist ebenso unhaltbar geworden wie die Annahme, eine lineare Homogenisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen sei die wichtigste Grundlage kollektiven Verhaltens gewesen.<sup>32</sup> Das Erklärungsmuster „Lage-Bewusstseinsverhalten“ verlor an Überzeugungskraft, weil differenzierte, vor allem geschlechtergeschichtlich inspirierte Deutungsmodelle den Alleinvertretungsanspruch des seit den späten sechzi-

31 Marcel van der Linden (Hg.): *The End of Labour History?*, in: *International Review of Social History* 38 (1993), Supplement 1; Thomas Welskopp: *Von der verhinderten Heldengeschichte des Proletariats zur vergleichenden Geschichte der Arbeiterschaft – Perspektiven der Arbeitergeschichte in den 1990er Jahren*, in: 1999 3 (1993), S. 34–57; Jürgen Kocka: *New Trends in Labour Movement Historiography: A German Perspective*, in: *International Review of Social History* 42 (1997), S. 67–78.

32 Vgl. dazu u.a. Kathleen Canning: *Gender and the Politics of Class Formation. Rethinking German Labour History*, in: *American Historical Review* 97 (1992), S. 736–768; Andrew Metcalfe: *Sex and Solidarity. Fraternity, Patriarchy and Labour History*, in: Terry Irving (Hg.): *Challenges to labour history*, Sydney 1994, S. 88–112; Dick Geary: *Labour History, the ‚Linguistic Turn‘ and Postmodernism*, in: *Contemporary European History* 9 (2000), S. 445–462.

ger Jahren dominierenden Klassenbegriffs immer stärker in Frage stellten<sup>33</sup> und neue soziale Bewegungen den Blick für nicht-klassenstrukturierte soziale Beziehungen und gesellschaftliche Konflikte öffneten. Vor allem die Geschlechtergeschichte legte ihre Finger in die offenen Flanken einer über Jahrzehnte eingeschränkten Perspektive auf die industriellen Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts. Vielen erschienen zudem die antagonistischen Kapitalverhältnisse so übermächtig, dass betriebliches Konfliktverhalten zum bloßen Nebenprodukt der außerbetrieblichen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern von Arbeit und Kapital wurde. Dass auf diese Weise Organisationen und gesellschaftliche Institutionen nur sehr unzureichend beschrieben werden konnten, machte eines der zentralen Defizite der Arbeitergeschichte aus.<sup>34</sup> Hielten die Kritiker an der „Sozialgeschichte der Väter“<sup>35</sup> zumindest an einem stark modifizierten und methodisch auch für die Geschlechtergeschichte anschlussfähigen Handlungs- und Klassenbegriff zur Beschreibung sozialer Ungleichheit fest, so wird inzwischen das zur Chimäre stilisierte, weidlich aufgebauschte „Produktionsparadigma“ der Arbeiter- und Sozialgeschichte grundsätzlich in Frage gestellt.<sup>36</sup> Benjamin Ziemann hat dies in einem kämpferischen und zugleich anregenden Beitrag getan und gefordert, jenes „um Arbeitsmärkte, soziale Ungleichheit und den Familienernährer zentrierte Modell“<sup>37</sup> abzulösen und stattdessen – im Anschluss an Niklas Luhmann – die Gesellschafts- und mit ihr auch die Sozial- und Arbeitergeschichte systemtheoretischen Prämissen folgen zu lassen. Im Mittelpunkt steht die Analyse funktionaler Differenzierung, dem „Signum der modernen Gesellschaft“,<sup>38</sup> und die Annahme, Kommunikation sei die basale soziale Einheit und Synthese aus Information, Mitteilung und Verstehen.<sup>39</sup> Kommunikation in diesem Sinne ist demnach nicht die Folge akteurseigenen Handelns, sondern Ergebnis eines Austausches unterschiedlicher Systeme. Ziemanns zugespitzt vorgetragene systemtheoretische Annahmen gipfeln in einer radikalen Kritik handlungs- und strukturierungstheoretischer Modelle und der Forderung nach einer Öffnung der Sozialgeschichte für den „linguistic turn“.

Ein Paradigmenwechsel also – auch für die Arbeitergeschichte, die sich gerade erst im Gewand ihrer letzten theoretischen Rekonzeptionalisierung wohl zu fühlen begonnen hatte.

33 Vgl. Thomas Welskopp: Ein modernes Klassenkonzept für die vergleichende Geschichte industrialisierender und industrialisierter Gesellschaften. Kritische Skizzen und theoretische Überlegungen, in: Karl Lauschnke/Thomas Welskopp (Hg.): Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994, S. 48–106.

34 Vgl. Ira Katznelson: The „Bourgeois“ Dimension: A Provocation About Institutions, Politics, and the Future of Labor History, in: International Labour and Working-Class History 46 (1994), S. 7–32, hier S. 18f.

35 Thomas Welskopp: Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: GG 24 (1998), S. 173–198.

36 Benjamin Ziemann: Sozialgeschichte jenseits des Produktionsparadigmas. Überlegungen zu Geschichte und Perspektiven eines Forschungsfeldes, in: Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen 28 (2003), S. 5–35.

37 Ebenda, S. 20.

38 Ebenda, S. 29.

39 Niklas Luhmann: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main 1984, S. 191–241.



Jetzt ist es offensichtlich, dass es jene zum Popanz aufgebaute ‚ältere‘ Sozialgeschichte in dieser Form schon lange nicht mehr gibt; ein Kunstgriff, der in der methodischen Diskussion zwischen ‚moderner‘ Kulturgeschichte und ‚traditioneller‘ Sozial- und Gesellschaftsgeschichte leider zum professionellen Fußnotenspiel dazu gehört. Noch scheint nicht ganz klar, ob mit diesem recht apodiktisch postulierten Perspektivenwechsel mehr gewonnen ist als eine begrifflich-generationelle Abgrenzung gegenüber den ‚Vätern‘ und einigen ihrer ‚Söhne‘, die sich auf einmal selbst auf der Anklagebank methodischer Rückschrittlichkeit und Eindimensionalität wiederfinden.<sup>40</sup> Die Beweisführung dafür, dass sich künftig die Gesellschaftsgeschichte primär der Entschlüsselung symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien verschreiben müsse, ist jedenfalls noch nicht angetreten. Dabei steht außer Frage, dass beispielsweise auch für die zeitgeschichtliche Forschung eine systemtheoretisch erweiterte Organisationssoziologie hilfreich sein kann, die institutionellen Funktionsweisen und Differenzierungen moderner Gesellschaften und ihre soziale Ungleichheit produzierenden Inklusions- und Exklusionsmechanismen genauer zu fassen.<sup>41</sup> Was methodisch für die Beschreibung einer vergleichenden Sozialstaatsgeschichte<sup>42</sup> weiterführend ist, muss allerdings noch lange nicht für alle sozialgeschichtlichen Probleme und epochenspezifischen Fragen hilfreich und umsetzbar sein. Zwar erschöpft sich soziale Ungleichheit in der ‚zweiten Moderne‘ nicht allein in der Marktlage; ob es aber tatsächlich eine methodische Innovationsleistung ist, in der Beschreibung kapitalistischer Gesellschaften ganz auf diese Perspektive zu verzichten oder sie in funktionalen Differenzierungen und im, gerade bei Historikern, wabernden Kommunikations-Begriff aufzulösen, bleibt dann doch sehr fraglich. Manche theoretische Hochrüstung bricht bei der Frage der Operationalisierbarkeit rasch zusammen und wirkt in ihrer praktischen Umsetzung recht dünn.

Bei allen Vorbehalten gegen allzu laute methodologische Heilsversprechungen: Diese provokativen und ohne Zweifel zentralen methodischen Probleme haben bedauerlicherweise die Zeitgeschichte nach 1945 noch nicht wach geküsst. Für die Geschichte der Bundesrepublik wäre man schon froh, bewegte man sich bei seinen Arbeiten auf einer ähnlich dichten empirischen Basis mit ähnlich differenzierten, ‚traditionellen‘ alltags-, geschlechter- oder sozialgeschichtlichen Befunden wie dies für das Kaiserreich oder die Weimarer Republik der Fall ist – ganz zu schweigen von elaborierten systemtheoretischen Studien, auf die man derzeit noch sehnsüchtig wartet.

40 Vgl. dazu die Kritik Benjamin Ziemanns an Thomas Welskopp, in: Überlegungen zur Form der Gesellschaftsgeschichte angesichts des „cultural turn“, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 600–616, hier S. 606; ähnlich auch ders.: Sozialgeschichte, S. 29.

41 Vgl. dazu grundsätzlich Armin Nassehi: Die Organisationen der Gesellschaft. Skizze einer Organisationssoziologie in gesellschaftstheoretischer Absicht, in: Jutta Allmendinger/Thomas Hinz (Hg.): Organisationssoziologie, Wiesbaden 2002 (Sonderheft 42/2002 Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), S. 443–478; dazu auch Dietmar Süß: Organisation und Gerechtigkeit. Perspektiven einer Annäherung, in: Friederike Sattler/Herrmann Josef Rupieper/Georg Wagner-Kyora (Hg.): Die Mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert (i.E.).

42 Vgl. u.a. Hans Günter Hockerts (Hg.): Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998; schon hier wird sehr präzise und auf breiter empirischer Basis mit dem Begriff der „funktionalen Differenzierung“ argumentiert.

Die Diskussion über „Arbeiterleben“ und „Arbeiterbewusstsein“ war lange Jahre vor allem ein Arbeitsfeld der Industriosozologie.<sup>43</sup> Hinzu kamen seit den siebziger Jahren zahlreiche marxistisch inspirierte Versuche, die vor allem darauf abzielten, die nahe Wiedergeburt des klassenkämpferischen Proletariats aus dem Geist der spätkapitalistischen Krise zu verkünden.<sup>44</sup> Josef Moosers vor beinahe 20 Jahren erschienene und noch heute wegweisende Studie über „Arbeiterleben in Deutschland“<sup>45</sup> unterscheidet sich davon wohlthuend, obwohl sie in ihrer Methode wohl in geradezu klassischer Weise dem entspricht, was Thomas Welskopp jüngst ein wenig boshaft als sozialstrukturalistische „Naturgeschichte“ der Arbeiterschaft bezeichnet hat.<sup>46</sup> Im Zentrum der Studie Moosers steht die Frage, ob und in welcher Form sich der „neue Arbeiter“ der Gegenwart von anderen „abhängig Beschäftigten in einer gehaltvollen Weise“<sup>47</sup> unterscheiden lasse. Das Arbeiterleben, so seine zentrale These, habe nach 1945 „Abschied von der Proletarität“ genommen.<sup>48</sup> Den bei Götz Briefs entlehnten Terminus „Proletarität“ gebraucht Mooser neben Max Webers Konzept der „sozialen Klasse“ als zweiten Strukturbegriff, der allgemeine, aus der Marktlage des Arbeiters resultierende Merkmale beschreibt. Im Wesentlichen sind damit die Markt- und Einkommensabhängigkeit des proletarischen Lebens, die Lohnarbeit und Fremdbestimmtheit der beruflichen Tätigkeit gemeint. Moosers Studie basiert in erster Linie auf der systematischen Auswertung statistischer Materialien. Als Indikatoren der Entproletarisierung dienten ihm vor allem intergenerationelle berufliche Mobilität, Heiratsverhalten und Einkommensentwicklungen. Sein Ergebnis: Die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft verlor in den wirtschaftlichen Boomjahren ihre bis dahin lebensweltlich prägende Bedeutung. Der „Abschied von der Proletarität“<sup>49</sup> bedeutete aber aus seiner Sicht keine endgültige Auflösung der Klassengegensätze. Im Gegenteil: Strukturelle Grenzlinien existierten trotz der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in der Bundesrepublik weiter. Dies gelte, so Mooser, vor allem für die Bereiche Einkommens-

43 Vgl. u.a. Heinrich Popitz: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1957; Theo Pirker u.a.: Arbeiter, Management, Mitbestimmung, Köln 1955; Institut für Sozialforschung: Betriebsklima. Eine industriosozilogische Untersuchung aus dem Ruhrgebiet, Frankfurt am Main 1955; Otto Neuloh: Der neue Betriebsstil. Untersuchungen über Wirklichkeit und Wirkungen der Mitbestimmung, Tübingen 1960; vgl. zum Hintergrund auch Johannes Platz: „Überlegt euch das mal ganz gut: wir bestimmen mit. Schon das Wort allein.“ Kritische Theorie im Unternehmen: Entstehungsbedingungen und Wirkungen der Betriebsklimastudie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in Werken der Mannesmann AG 1945/1955, in: Hesse/Kleinschmidt/Lauschke (Hg.): Kulturalismus, S. 199–224.

44 Vgl. u.a. Frank Deppe/Hellmuth Lange/Peter Lothar (Hg.): Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus, Frankfurt am Main 1970; ähnlich Karl Heinz Roth (Hg.): Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation einer Debatte, Hamburg 1994.

45 Josef Mooser: Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt am Main 1984.

46 Welskopp: Bildungsromane, S. 96 ff.

47 Mooser: Arbeiterleben, S. 219

48 Ebenda, S. 228; bilanzierend ebenda, S. 224–236.

49 Vgl. dazu Michael Schneider: Gibt es noch ein Proletariat? Aktuelle Beobachtungen zu einer alten Kategorie, in: Afs 28 (1988), S. 517–524.

und Vermögensverteilung, Körperlichkeit von Arbeit, Risiko von Arbeitslosigkeit, Ausbildung und Heiratsverhalten.

Die soziale Homogenität der Arbeiterschaft fand dagegen keine Entsprechung in der Selbstwahrnehmung der Arbeiterschaft. Diese betrachtete sich zunehmend als Teil der Mittelschichten ohne kollektives Verständnis für die gemeinsame Lage. Dies scheint aus der Sicht Moosers ein wichtiges Indiz dafür zu sein, dass sich im Prozess der Homogenisierung und Differenzierung der Arbeiterschaft „gleichsam das Gesicht der Klasse verändert“ habe, so dass „traditionelle Sinngehalte der Klassenzugehörigkeit erodierten“.<sup>50</sup>

So überzeugend Moosers Überlegungen sind, sein überwiegend sozialstatistischer Zugriff musste notgedrungen viele Fragen offen lassen.<sup>51</sup> Vor allem: Die Akteure und ihr soziales Handeln verschwinden hinter den Zahlenkolonnen genauso wie branchenspezifische, betriebliche, regionale, konfessionelle, generationelle oder geschlechtsspezifische Eigenheiten des Arbeiterlebens. Angeregt durch Moosers Pionierarbeit hat sich die interdisziplinäre Forschergruppe um Peter Alheit mit der Untersuchung zweier Werften in Bremen und Rostock, der AG Weser und der Neptun-Werft, beschäftigt und nach der Stabilität von Arbeitermilieus in Ost und West in den 1950er Jahren gefragt. Dabei verbinden die Historiker und Soziologen in ihren Analysen umfangreiche Quellenrecherchen in staatlichen und betrieblichen Archiven mit Zeitzeugeninterviews, um unterschiedliche Typen von milieuspezifischen Arbeiterbiographien rekonstruieren zu können. Für Bremen und das betriebliche Produktionsmilieu der AG Weser betonen die Autoren eine erstaunliche Kontinuität des proletarischen Arbeitsalltags in den fünfziger Jahren. Das hohe Maß an Selbstorganisation und Autonomie der Werftarbeiter wurde erst im Laufe der fünfziger Jahre durch die zunehmende betriebliche wie außerbetriebliche Dominanz der Gewerkschaften eingeschränkt. Die Hegemonialisierung der betrieblichen Basis durch die gewerkschaftlichen Funktionäre verlief parallel zur Institutionalisierung betrieblicher Konflikte im Arbeitsrecht und dem expandierenden Sozialstaat der Wirtschaftswunderjahre. In diesem Zeitraum sehen die Autoren den Beginn einer umfassenden Vernetzung des betrieblichen Milieus mit der Sozialdemokratie und ihren Vorfeldorganisationen. Das Prinzip der basisnahen Stellvertretung und die darin wurzelnde Verstaatlichung der proletarischen Tradition im sozialstaatlichen Kapitalismus trugen in Bremen entscheidend zum Verlust kultureller Eigenständigkeit des proletarischen Milieus bei. Am Ende verlor die Arbeiterbewegung mit ihren proletarischen Kulturformen an Eigenständigkeit und Autonomie, während sie ihre Machtposition innerhalb der Hansestadt ausbauen konnte. Dabei steht den Autoren klar vor Augen, wie fruchtbar es für die Frage nach dem Wandel „proletarischer“ Milieus sein könnte, die fünfziger Jahre zu verlassen und in die Phase der beschleunigten Auflösung in den sechziger Jahren vorzustoßen. So zeigen sie deutlich, wie oberflächlich allzu rasche „Entproletarisierungsvermutungen“ für die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft sind.

<sup>50</sup> Mooser: Arbeiterleben, S. 227.

<sup>51</sup> Vgl. auch Josef Mooser: Regionalisierung und Kontraste in der Arbeitergeschichte der 50er Jahre. Niedersachsen in der bundesrepublikanischen Perspektive, in: Bernd Weisbrod (Hg.): Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen, Hannover 1998, S. 197–205.

Trotz großer Ähnlichkeiten in den Arbeits- und Produktionsformen gab es in der Rostocker Neptun-Weft nicht nur eine Tendenz zur „Nivellierung sozialer Ungleichheit“ innerhalb der Arbeiterschaft. Die Autoren sehen auch Ansätze zur Herausbildung eines „autonomen Milieus“, das sich besonders durch eine Betriebszentrierung und einen Zugewinn innerbetrieblicher Dispositionschancen bei der Austarierung der Lohnpolitik ausgezeichnet habe. Im Ergebnis erwies sich das Arbeitermilieu der Neptun-Weft als stabiler und vitaler als das des bundesrepublikanischen Gegenübers. So anregend die Ergebnisse im Einzelnen sind, so bleibt doch eine Vielzahl an Problemen, die sich nicht allein auf den kaum anschlussfähigen Begriff der „gebrochenen Modernisierung“ beziehen. Bedenklich ist, wie wenig die system-spezifischen und zeitlichen Unterschiede problematisiert werden. Nur unzureichend wird bei der Analyse zentraler betrieblicher Konflikte wie der Lohngruppierung berücksichtigt, wie grundlegend sich die Verhandlungen von unabhängigen Tarifvertragsparteien in der marktwirtschaftlichen Konkurrenzgesellschaft und die gelenkte, wenn auch mit innerbetrieblichen Spielräumen versehene staatszentrierte DDR-Wirtschaft unterschieden.<sup>52</sup>

Ohne sich explizit daran zu orientieren, knüpft die Forschergruppe um Peter Alheit an eine Diskussion an, die seit einigen Jahren unter dem Label „Rekonzeptionalisierung“ der Arbeitergeschichte geführt wird. Im Mittelpunkt vor allem der deutschen Diskussion steht dabei die Frage nach einem neuen Blick auf politische und ökonomische Institutionen und Organisationen, allen voran den Betrieb, vor dessen Toren die Arbeitergeschichte nur allzu oft stehen geblieben ist. Der Grund dafür: Unternehmen galten allzu lange ausschließlich als zweckrationale Organisationen mit Profitinteressen und weniger als differenzierte Sozialsysteme, in denen Entscheidungen nicht allein Ausdruck einer rationalen Managementstrategie, sondern auch Produkt relativer Machtungleichgewichte sind. Der Betrieb erscheint in diesem Licht nicht mehr nur als streng hierarchisch strukturiertes Gebilde, dessen Handeln in jedem Fall der kalten Logik der kapitalistischen Wirtschaft folgt. Vielmehr werden der Aktionsradius von betrieblichen Akteuren und die unterschiedlichen Formen von Macht-, Herrschafts- und Kommunikationsbeziehungen innerhalb eines Unternehmens deutlich. Der Betrieb wird damit als Seismograph sozialer Veränderungen in den Blick genommen und Arbeitergeschichte mehr als bisher in den Betrieb hineinverlagert.<sup>53</sup>

52 Die Arbeitsgruppe um Michael Vester hat aus soziologischer Sicht für die achtziger und frühen neunziger Jahre drei unterschiedliche Typen an westdeutschen Arbeitermilieus unterschieden: Ein „traditionelles“ Arbeitermilieu, charakterisiert durch politisches Desinteresse und Verdrossenheit, einem Gefühl, „schon immer“ am unteren Ende der sozialen Hierarchie zu stehen und darauf fixiert, die eigene Existenz zu sichern; zweitens ein teilmodernisiertes und traditionsloses Arbeitermilieu, das häufig von „neuer Armut“ betroffen ist und sein Verhalten stark an den gesellschaftlichen Statussymbolen der Mittelschichten orientiert, politisch eher konservativ oder enttäuscht und distanziert ist; und ein neues, „modernisiertes“ Arbeitnehmermilieu, entstanden in den 1990er Jahren, zu dem qualifizierte Arbeiter und Angestellte zählen, die Wartungs- und Kontrollfunktionen ausüben, sich als Gewinner des sozialen und technologischen Wandels fühlen und sich politisch eher sozial und liberal verorten; vgl. dazu Michael Vester: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Köln 1993.

53 Eine inzwischen beinahe in Vergessenheit geratene Studie ist von Rudolf Vetterli: *Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation. Dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG*

Solchen Fragen ist bisher vor allem die Industrie- und Organisationssoziologie nachgegangen.<sup>54</sup> Zwei unterschiedliche Lesarten des Mikropolitik-Begriffs lassen sich unterscheiden:<sup>55</sup> In der Betriebswirtschaft dominiert ein primär aspektuelles Deutungsmuster. Hier wird Mikropolitik mit einem bestimmten Persönlichkeitstyp gleichgesetzt, einem, wenn man so will, „Machiavelli im Handtaschenformat“, der seine Interessen mit unterschiedlichen Strategien durchzusetzen versucht und sich dafür situativ angepasster Techniken bedient. Zu seinem Arsenal können das gezielte Schmeicheln, Bluffen oder Intrigieren genauso gehören wie der Versuch, nutzbringende Beziehungen herzustellen oder sich durch Überanpassung zu profilieren. Machtvermehrung steht an oberster Stelle seiner Interessen, wobei Macht im Sinne Max Webers als eine Form von Besitz gesehen wird, um in sozialen Beziehungen die eigenen Vorstellungen auch gegen Widerstand durchsetzen zu können.<sup>56</sup> Mikropolitik kann dann aus der Sicht der Organisationsspitze zur potenziellen Störgröße werden, die die Handlungsabläufe behindern kann und deshalb eingeschränkt und blockiert werden muss. Freilich gilt nicht jedes Handeln dabei als mikropolitisch motiviert, da die machiavellistischen Züge neben der Steuerung durch Regeln und eine unternehmensspezifische Ethik nur einen Aspekt der Handlungssteuerung ausmachen. Wird Mikropolitik allerdings auch noch in einem anderen Sinne gebraucht, dann beschreibt der Begriff weniger die listigen Strategien vermeintlich durchtriebener Machtmenschen, sondern jedes interaktive, interessegeleitete und damit politische Verhalten von Akteuren in Organisationen. Mikropolitik meint dann nicht mehr eine punktuelle Kategorie sozialen Handelns, sondern wird zum Ausdruck eines allgegenwärtigen Phänomens sozialer Beziehungen von Akteuren im Ringen um Interessen und Identität.

Was ist mit diesem Ansatz gewonnen? Die mikropolitische Perspektive führt die betrieblichen Sozialbeziehungen als eigenständiges Spielfeld divergierender Interessen und unterschiedlich mächtiger Akteure vor. Dabei besteht der Vorzug des Mikropolitik-Ansatzes weniger in seinem unmittelbaren Erklärungswert als in der Schärfung des Untersuchungsblicks und der Erweiterung des Analyserasters. Neue Arenen geraten mit ihm ins Gesichtsfeld der Arbeiter- und Unternehmensgeschichte, solche, die bislang wie die betriebliche Sozialpolitik oder die innerbetriebliche Mitbestimmung kaum oder nur eindimensional wahrgenommen wurden. So zeigt beispielsweise eine mikropolitische Analyse der Lohnpolitik in montanindustriellen Betrieben der 1950er den zentralen Stellenwert, den die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung für die inneren Umschichtungs- und Nivellierungstendenzen der Arbeiterschaft besaß.<sup>57</sup> Die mikropolitischen Aushandlungsprozesse, die der neuen Arbeitsplatzbewertung vorausgingen, besaßen für das Binnenleben der Betriebe eine ganz au-

(1890–1930), Göttingen 1978; vgl. auch Klaus Weinhauer: Arbeiterklasse ohne Arbeiterhandeln, in: 1999 8 (1993), S. 80–88.

54 Vgl. ausführlich Dietmar Süß: Mikropolitik und Spiele: Zu einem neuen Konzept für die Arbeiter- und Unternehmensgeschichte, in: Hesse/Kleinschmidt/Lauschke (Hg.): Kulturalismus, S. 117–136.

55 Einen knappen Überblick gibt Martin Brüggemeier/Anke Felsch: Mikropolitik, in: Die Betriebswirtschaft 52 (1992), H. 1, S. 133–136.

56 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen <sup>5</sup>1972, S. 28.

57 Vgl. dazu Süß: Kumpel, S. 127–151.

ßerordentliche Bedeutung. Denn die Entscheidung, welche Arbeiten besonders vergütet werden sollten, fiel in den Verhandlungen zwischen Betriebsräten, Unternehmensleitung und Belegschaft. Das Betriebsverfassungsgesetz, das den gesetzlichen Rahmen für den Bewertungsausschuss geschaffen hatte, bot für die Arbeitnehmervertreter neben den Tarifverhandlungen eine zweite Plattform, von der aus sie stärker als bisher Einfluss auf die Gestaltung der Löhne und Arbeitsplatzstrukturen ausüben konnten. Besonders in den Anfangsjahren der Republik, als sich der Ausbau der Tarifordnung und der Flächenverträge noch in den Anfängen befand und der Spielraum betrieblicher Lohnpolitik noch nicht durch den gewerkschaftlichen Zentralismus weitgehend aufgehoben war, eröffnete sich hier ein weites Handlungsfeld betrieblicher Akteure. Damit wird der Blick zugleich nicht nur auf die Elemente gesellschaftlicher Konflikte, sondern auch auf die vielschichtigen Ausprägungen von Konsens, Machtpotentialen, symbolischen Ausdrucksformen, kollektiven Ressourcen sowie deren institutionelle Vermittlung und strukturelle Regelmäßigkeit gelenkt; auch das eine Chance des akteurszentrierten Zugriffs.

Karl Lauschkes Studie über die „Hoesch-Arbeiter und ihr Werk“ ist in dieser Hinsicht die erste, die diese Fragen für die westdeutsche Arbeitergeschichte nach 1945 empirisch dicht und methodisch reflektiert umzusetzen weiß.<sup>58</sup> Nicht nur, dass er seinen Untersuchungszeitraum bis Mitte der sechziger Jahre und damit in jene viel beschworene sozialgeschichtliche Umbruchszeit ausdehnt, ihm gelingt zudem eine anspruchsvolle Verknüpfung von Arbeiter- und Unternehmensgeschichte. Im Mittelpunkt seiner Studie stehen vor allem die Handlungsspielräume der Akteure, die Rahmenbedingungen des Belegschaftshandelns, die Lernfähigkeit der Akteure und die unterschiedlichen und sich situativ wandelbaren Formen von Macht, Herrschaft, Konsens und Kooperation zwischen Beschäftigten, Management, Betriebsrat und Gewerkschaft. Dieser Ansatz ermöglicht es Lauschke, sich von deterministischen Modellen zu lösen und den Betrieb als Seismographen sozialer Veränderungen zu entdecken. Auf einer breiten Quellenbasis setzt er seine Überlegungen für eines der großen westdeutschen Eisen- und Stahlunternehmen, die Dortmunder Westfalenhütte, um und untersucht aus der Mikroperspektive seines Betriebes zentrale Probleme der Unternehmens- und betrieblichen Arbeitergeschichte: Die nachkriegsbedingten Wohnungs- und Ernährungsprobleme der Industriearbeiterschaft, das Sozialprofil der flukturierenden Belegschaft und die Strategien des Unternehmens zur Bildung einer Stammebelegschaft. Ihm gelingt es, ein differenziertes Bild der Belegschaftsvertretung zwischen Kriegsende, Wiederaufbau und wirtschaftlicher Expansion in den sechziger Jahren und die unterschiedlichen Formen von Konflikt und Kooperation zwischen Betriebsrat, Belegschaft und Unternehmensleitung sowie zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu zeichnen. Die Grenzen seines Ansatzes markieren zugleich die Grenzen des mikropolitischen Ansatzes: Der akteurszentrierte Zugriff verleitet dazu, außerbetriebliche Faktoren notgedrungen zu vernachlässigen. Das bedeutet allerdings, dass andere wichtige Bereiche im Leben der Hoesch-Arbeiter nicht berücksichtigt werden können. Das gilt für die familiären Lebensverhältnisse der Industriearbeiter-

58 Karl Lauschke: *Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945–1966*, Essen 2000.

schaft, die Transformation von Sozial- und Produktionsmilieus in den „Wirtschaftswunderjahren“ und die Verbindung von innerbetrieblich organisierter Arbeiterbewegung, den Vertrauensleuten der IG Metall sowie den SPD- und KPD-Betriebsgruppen mit ihren lokalen und regionalen Parteiorganisationen. Damit wird auch zugleich die grundsätzliche Gefahr aller Arbeiten deutlich, die auf dem Mikropolitik-Ansatz basieren: die Verabsolutierung des Betriebes und die Ausblendung nicht-betrieblicher sozialer und politischer Wirkungszusammenhänge.<sup>59</sup>

## Arbeitnehmergeschichte als Gesellschaftsgeschichte

Um die unterschiedlichen Dimensionen des Arbeiterlebens analytisch verknüpfen zu können, scheint es sinnvoll, das soziale Handlungsfeld<sup>60</sup> Betrieb, wie es bereits Thomas Welskopp vorgeschlagen hat, als Teil eines Sozial- und Produktionsmilieus zu begreifen. Damit sollen die vielfältigen branchenspezifischen Strukturierungsprinzipien deutlich gemacht und geläufige Vorannahmen über den Grad an Kohärenz und Homogenität proletarischer Lebenswelten überprüft werden. Vier Bereiche bilden das Korsett eines so revidierten Ansatzes:<sup>61</sup> Erstens der Betrieb, zweitens der Markt, die branchenspezifische Konjunktur und der regionale Arbeitsmarkt, drittens die politischen Organisationen, Parteien und Gewerkschaften, und viertens die außerbetriebliche Lebenswelt, zu der u.a. die Bereiche Wohnen und Freizeitverhalten gehören. Der Begriff „soziales Handlungsfeld“ beschreibt dabei einerseits die strukturellen Rahmenbedingungen von Handlungen, deutet aber gleichzeitig auf die Spielräume und Ressourcen von historischen Akteuren hin, die selbst die Regeln ihrer Handlungen mitbestimmen. Für die Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik geht von solchen Überlegungen eine besondere Anziehungskraft aus. Denn mit dieser Verbindung aus Arbeiter- und Unternehmensgeschichte geraten jene Arenen in den Blick, die zu den wesentlichen Kennzeichen der westdeutschen Nachkriegsgeschichte zählen:<sup>62</sup> die spezifische Form des sozialpartnerschaftlichen Konsenses und der westdeutschen Arbeitsverfassung,<sup>63</sup> die Öffnung und Wandlung der Sozialdemokratie von der Klas-

59 Einen überzeugenden Weg schlägt Hartmut Berghoff mit seinem Konzept „Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte“ vor; ders.: *Zwischen Kleinstadt und Weltmarkt. Hohner und die Harmonika 1857–1961*, Paderborn u.a. 1997, S. 13–17. Die Studie Berghoffs verbindet pointiert die Geschichte des Familienbetriebes Hohner mit der Geschichte von Stadt, Region, Branche und Belegschaft.

60 Vgl. Thomas Welskopp: *Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren*, Bonn 1994, S. 42–47; ders.: *Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte*, in: GG 22 (1996), S. 118–142.

61 Vgl. Welskopp: *Arbeit*, S. 47ff.

62 Vgl. Hans Günter Hockerts: *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: APuZ, B 29/30 (1993), S. 3–19, hier S. 16.

63 Vgl. Gerhard A. Ritter: *Der Sozialstaat – Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 21991; Bernd Frick: *Die Funktionsfähigkeit der bundesdeutschen Betriebsverfassung. Quantitative und qualitative Evidenz im Überblick*, in: *Industrielle Beziehungen* 4 (1997), H. 3, S. 172–195.

sen- zur Volkspartei und damit die Gleichzeitigkeit von Erosion und Transformation sozialdemokratischer Arbeitermilieus.

Arbeiter- oder besser Arbeitnehmergegeschichte wird gleichsam zur Sonde, die den Übergang von der industriellen in die postindustrielle Gesellschaft ausleuchtet und die mikropolitischen Ressourcen der abhängig Beschäftigten genauso erfasst wie die Regeln des Marktes.

Das wären zumindest die Chancen, die sich ergeben könnten. Noch allerdings ist der Weg dahin weit, und zunächst tut ein wenig Bescheidenheit Not. Nicht um Königswege soll es also gehen, eher um erste Schritte, wie methodischer Anspruch und die ‚Mühen der Ebene‘ miteinander verbunden werden können. Es hat deshalb nichts mit der ‚Mystifizierung‘ der Erwerbsarbeit zu tun, wenn sich der Blick auf abhängig Beschäftigte in der Industrie<sup>64</sup> richtet und damit eine Perspektive eingenommen wird, die als Konsequenz aus der Diskussion um die Rekonzeptionalisierung der Arbeitergeschichte die „organisationale Innenpolitik“<sup>65</sup> und damit die „Lebenswelt“<sup>66</sup> von Betrieben untersuchen will. Dass damit zunächst vielfach nur männliche Arbeiter untersucht werden, wird nicht stillschweigend übergangen, sondern als eigenständiges Problemfeld skizziert. Das hier vorgeführte Beispiel will noch einen Schritt weiter gehen und die Tauglichkeit zweier Begriffe prüfen, deren Wert zur Beschreibung moderner Gesellschaften zunehmend auch unter Historikern erkannt wird. Die Rede ist von „Risiko“ und „Sicherheit“.

Spätestens seit Ulrich Becks Klassiker<sup>67</sup> ist „Risiko“ in aller Munde. Die „Risikogesellschaft“, so Beck, ist eine modernisierte, zweite Moderne,<sup>68</sup> in der zunehmend der gesellschaftlichen Verteilung von zumeist technologischen, selbstgeschaffenen Risiken größere Bedeutung zukommt als der Bekämpfung traditioneller, d.h. klassenspezifischer sozialer Ungleichheiten. Auf allen Ebenen sieht Beck neue Formen von gesellschaftlichen Unsicherheiten, die Folge des technologisch-wissenschaftlichen Wandels sind und soziale Bindungen und traditionelle Sozialmilieus genauso betreffen wie individuelle Erwerbsbiographien, Heiratsmuster oder soziale Mobilität. Geprägt wird die „Risikogesellschaft“ von sich strukturell auflösenden, das heißt unsicher werdenden Handlungsbedingungen, in der es dem Einzelnen immer schwerer fällt, sich an vorgegebene Erwartungshorizonte und allgemein gültige gesellschaftliche Deutungsmuster zu halten. Sieht man von – berechtigten – theoretischen Einwänden gegen Becks essayistische Zeitdiagnose ab,<sup>69</sup> so beruhen doch seine Überlegungen auf einer Hypothese, die auch für die Geschichte der Arbeiter von Interesse sein kann. In

64 Dazu, gestützt vor allem auf Interviews, Wolfgang Hindrichs u.a.: *Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre*, Essen 2000; für die Geschichte der IG Bergbau erste Ansätze in Karl Lauschke: *Schwarze Fahnen an der Ruhr. Zur Politik der IG Bergbau und Energie in der Kohlenkrise*, Marburg 1984.

65 Günther Ortman: *Macht, Spiel, Konsens*, in: Willi Küpper/Günther Ortman (Hg.): *Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen*, Opladen 21992, S. 13–26, hier S. 18.

66 Peter Alheit: *Lebenswelt „Betrieb“*. Zur wissenssoziologischen Bedeutung der Arbeitssphäre, Frankfurt am Main 1995.

67 Vgl. Ulrich Beck: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986.

68 Vgl. Ulrich Beck/Wolfgang Boß: *Die Modernisierung der Moderne*, Frankfurt am Main 2001.

69 Vgl. ausführlich Niklas Luhmann: *Soziologie des Risikos*, Berlin 1991.



modernen Gesellschaften, so die risikosoziologische Grundannahme, wachse die Wahrnehmung, dass es die Gesellschaft selber sei, die ihre Probleme erzeuge und die lernen könne, selbst produzierte Schäden als Zukunftsrisiko gegenwärtigen Handelns zu begreifen. Risiko, in dieser Sicht, ist dabei nicht ein Synonym für „Gefahr“. Im Gegenteil: Gefahren existieren unabhängig vom Handeln. Risiko dagegen beschreibt zweierlei: erstens eine potentielle Schädigung durch ein Ereignis, zweitens die Entscheidungsabhängigkeit des Schadens vom Verhalten der Akteure.<sup>70</sup> „Gefährlich“ wird eine Entscheidung dagegen erst für den, der sie nicht beeinflussen kann.

Die Risikosemantik wird in der Moderne zu einem zentralen Bezugspunkt gesellschaftlicher Selbstthematization und deren Deutung und Verarbeitung von Sicherheit bzw. Unsicherheit.<sup>71</sup> Sicherheit meint im Sinne Luhmanns „Erwartungssicherheit“, die Annahme, dass ein Ereignis mehr oder weniger wahrscheinlich eintritt. Sie beschreibt eine sozial normative Gewissheit, die Wirklichkeitsvorstellungen konstruiert, in dem sie unbeherrschbar-kontingente Handlungsoptionen in steuerbare Erwartbarkeit und Komplexität verwandelt.<sup>72</sup> Mit diesem, hier nur knapp skizzierten risikosoziologischen Frageraster<sup>73</sup> kann man nun versuchen, zentrale Themen der Arbeitnehmergegeschichte der Nachkriegszeit (neu) zu diskutieren: Wie bewerten Arbeitnehmer die Einführung neuer Technologien, neuer Arbeitsbewertungssysteme und Rationalisierungsvorhaben? Was bedeuteten Erosion und Transformation sozialdemokratischer Arbeitermilieus, der Verlust proletarischer Lebenswelt für die kollektiven Wirklichkeitsvorstellungen unterschiedlicher Generationen der Arbeiterbewegung? Welche Strategien entstanden, um der Unsicherheit zu begegnen, für die u.a. auch das Godesberger Programm bei den Teilen der Partei gesorgt hatte, die den allzu weitreichenden Reformplänen skeptisch gegenüberstanden? Boten die Gewerkschaften neue Sicherheitszonen, in die sich Kritiker des Parteikurses zurückziehen konnten?

Wie unterschieden sich die Vorstellungen von Risiko und Sicherheit bei Jusos und jungen Gewerkschaftern auf der einen und vor 1945 sozialisierten Sozialdemokraten und Arbeitnehmersvertretern auf der anderen Seite?<sup>74</sup> Wie veränderten die wirtschaftlichen Krisenjahre und der Ölpreisschock 1973/1974 den Erwartungshorizont? Was galt nun als „sicher“ und welche Strategien galten als erfolgversprechend, „Sicherheit“ wiederherzustellen? Wie und wenn ja, in welcher Form, wurden die siebziger Jahre nach der Reformeuphorie zum Beginn einer neuen Phase kollektiver Unsicherheit und erstmals in der Nachkriegszeit beobach-

70 Vgl. dazu Fariborz Zelli: Vom Risiko einer Risiko-Definition, in: SOWI 2/2003, S. 43–46, hier S. 45.

71 Dazu vor allem Franz-Xaver Kaufmann: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchung zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften. Stuttgart 21973.

72 Vgl. Niklas Luhmann: Soziale Systeme: S. 417ff.

73 Vgl. dazu auch Adalbert Evers/Helga Nowotny: Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft, Frankfurt am Main 1987; Gotthard Bechmann: Risiko und Gesellschaft. Grundlagen und Ergebnisse interdisziplinärer Risikoforschung, Opladen 1997; Jens Zinn/Felicitas Eßler: Biographische Sicherheitskonstruktionen in der reflexiven Moderne. Arbeitspapier des SFB „Reflexive Modernisierung“, Dezember 2001, [www.sfb.536.mwn.de](http://www.sfb.536.mwn.de).

74 Vgl. dazu demnächst Dietmar Süß: Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den 1970er Jahren, in: AfS 44 (2004), S. 67–104.

teter Risiken? War die Konjunktur marxistisch inspirierter Erklärungsmuster des Kapitalismus in den siebziger Jahren auch ein Versuch, Kontingenz in Komplexität umzuwandeln und in einer als krisenhaft empfundenen Welt neue Formen von Sicherheit zu suchen? Welche Bedeutung spielte dabei die ansteigende Arbeitslosigkeit und die zunehmend differenzierteren Formen der Erwerbstätigkeit? Waren die Arbeiterbewegung und seit den siebziger Jahren auch die neuen sozialen Bewegungen gleichsam die Brandmelder, die neu empfundene Gefahren spürten und sie potentiellen Verantwortlichen zuschrieben?

Das sind nur einige mögliche Themenfelder, über die bisher wenig bekannt ist. Die Frage nach „Sicherheit“ und Risikowahrnehmung lässt sich aber auch für die frühen Jahre der Bundesrepublik sinnvoll stellen,<sup>75</sup> als unterschiedliche Sicherheits- bzw. Unsicherheitslogik betrieblicher Arbeitskultur und betriebswirtschaftlicher Managementvorstellungen aufeinanderprallten. Ein kurzes Beispiel mag dies verdeutlichen:

Die Eisenwerkgesellschaft-Maximilianshütte mit Sitz im oberpfälzischen Sulzbach-Rosenberg war Süddeutschlands größter Eisen- und Stahlproduzent.<sup>76</sup> Das Unternehmen war seit 1929 im Besitz von Friedrich Flick, der die Aktienmehrheit von der saarländischen Industriellen-Familie Röchling erworben hatte. Nach mehreren Konkursen in den achtziger und neunziger Jahren und einem Verkauf der Hütte von Flick an Klöckner im Jahr 1977 kam 2002 das endgültige Aus für den traditionsreichen Betrieb, der in Spitzenzeiten rund 9.000 Beschäftigten Lohn und Brot gegeben hatte. Die Auftragsbücher waren voll und die Wirtschaft brummte, als es im Frühjahr 1960 zu einem spektakulären Streik kam, der weit über die bayerischen Grenzen hinaus in der Bundesrepublik für Aufsehen sorgte. Was war geschehen, dass die keinesfalls für ihre politische Radikalität bekannten rund 7.500 „Maxhütterer“ für 32 Stunden die Arbeit niederlegten und die Autorität ihres mächtigen Betriebsrates untergruben?<sup>77</sup> Am 29. Februar 1960 machte der Vorstand der Maxhütte eine spektakuläre Ankündigung:<sup>78</sup>

„1. Der Bierkonsum innerhalb der Werke wird auf die Pausenzeiten beschränkt und darf nicht mehr als eine halbe Flasche betragen. 2. Der Verkauf erfolgt zu ortsüblichen Preisen, er beginnt 1 Stunde vor der festgesetzten Pausenzeit. Der Verkauf endet mit der Pausenzeit. Die Abgabe erfolgt nur an Brotzeitholer. 3. Verstöße werden gemäß der Arbeitsordnung geahndet; im zweiten Falle führen Verstöße zur fristlosen Entlassung [...] Für Meister und Angestellte der Werke und Gruben wird mit dem heutigen Tag jeder Alkoholgenuß untersagt.“

Die Begründung für die Entscheidung war unmissverständlich: „Diese Anordnung ist in erster Linie erforderlich geworden, weil trotz unserer gesteigerten Bemühungen hinsichtlich des

75 Ein erster Versuch Hans Braun: Das Streben nach „Sicherheit“ in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: AfS 18 (1978), S. 279–306.

76 Vgl. dazu ausführlich Süß: Kumpel, S. 172–176.

77 Dazu Nürnberger Nachrichten vom 7.3.1960: „Bierstreik-Kompromiß“; Münchner Merkur vom 8.3.1960: „Bierstreik“; Sulzbach-Rosenberger Zeitung vom 5.3.1960: „Überschäumende Maßkrüge“.

78 Zentralarchiv der IG Metall im Archiv der sozialen Demokratie (künftig als IGM-ZA im AdsD), 1–1/1795, Bekanntmachung des Maxhütten-Vorstandes vom 29.2.1960; folgendes nach ebenda.

Unfallschutzes und der Verringerung der Unfallhäufigkeit im Verlaufe des letzten Jahres nicht nur kein Erfolg eingetreten ist, sondern die Unfallhäufigkeit eine weitere Steigerung erfahren hat.“ Intern hatten der Vorstand und der Aufsichtsrat schon längere Zeit über eine solche Maßnahme nachgedacht.<sup>79</sup> Es gab zahlreiche Hinweise,<sup>80</sup> dass die hohen Unfallzahlen nicht nur auf die schlechten Arbeitsbedingungen zurückzuführen seien, wie der Betriebsrat behauptete.<sup>81</sup> Es konnte keinen Zweifel geben, dass eine der Hauptursachen auch im hohen, bundesweit rekordverdächtigen Bierkonsum lag. Weder in einem bayerischen noch in einem der westdeutschen Eisen- und Stahlunternehmen gehörte der Alkohol so sehr zum Selbstverständnis und täglichen Arbeitsrhythmus wie bei den Beschäftigten der Maxhütte: Im Geschäftsjahr 1956/1957 lag der monatliche Bierverbrauch je Arbeiter bei über 17 Liter, in Haidhof, einem weiteren Ort der Stahlproduktion, sogar bei über 33 Liter Bier.<sup>82</sup> Der Verbrauch konnte in Sommermonaten sogar noch ansteigen, während er im Winter niedriger lag. Selbst in Spitzenzeiten tranken die Arbeiter des nur fünfzig Kilometer entfernten MAN-Betriebes in Nürnberg nur rund 15 Liter Bier im Monat, in der Schweinfurter Industrie und bei Kugelfischer lediglich 7,5 Liter. Zwei Liter Bier waren deshalb für die meisten der Arbeiter, wie sie selbst sagten, nicht die Ausnahme, sondern „der normale tägliche Verbrauch.“<sup>83</sup> Biertrinken war integraler Bestandteil der Arbeitsgruppen und ihrer Geselligkeitsformen während der Arbeitszeit und Relikt einer über Arbeitergenerationen tradierten Bedürfnisstruktur.<sup>84</sup> Ein Arbeiter hielt rückblickend fest: „Was allerdings kein schönes Bild abgab, vor allem für die zahlreichen Besucher, waren die auf den Tischen oder an geschützten, kühlen Plätzen stehenden Seidel- und Maßkrüge. Zwei Stunden nach Beginn der Arbeitszeit standen sie schon dort, und sie blieben auch dort stehen bis zum Schichtende.“ Zur Körperlichkeit der Arbeit und zum Selbstbewusstsein der Arbeiter gehörte Alkoholkonsum unmittelbar dazu.<sup>85</sup> Er entschädigte für die harte Arbeit, ließ körperliche Belastungen erträglicher werden und war soziales Unterscheidungskriterium. Das Trinkverhalten der Arbeiter, zumeist in größerer Runde, häufig schon vor Dienstbeginn und oft während der Schichten, kam einer habituellen Distanzierung gegenüber den Angestellten gleich, bei denen das gemeinsame Biertrinken verpönt und nicht Teil der männlichen Arbeitsgruppenidentität

79 Sammlung Leiss, Institut für Medizinische Arbeitsforschung an die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 16.10.1953; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 201, Aufsichtsratssitzung der Maxhütte vom 18.2.1957, Dir. Leihener zum Sozialbericht von Arbeitsdirektor Zink.

80 IGM-ZA im AdsD, 1–1/1795, Werksarzt Dr. Winkler (Maxhütte-Haidhof) Die Wirkung des Biergenusses am Arbeitsplatz, Erhebung über Unfälle und Bierverbrauch vom 1.10.1958–30.9.1959.

81 DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 39, Betriebsratssitzung vom 15.2.1960.

82 IGM-ZA im AdsD, 1–1/1795, Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Bezirksverwaltung Nürnberg, an Senator Hermann Schramm vom 19.1.1960.

83 Zit. nach Oskar Duschinger/Dietmar Zierer: *Glanz und Elend der Maxhütte*, Burglengenfeld 1990, S. 240; folgendes nach ebenda.

84 Sammlung Leiss, Stellungnahme des Werksarztes Dr. Winkler (Maxhütte-Haidhof): *Die Wirkung des Biergenusses am Arbeitsplatz* (undatiert, um 1960); vgl. dazu auch Wolfgang Kaschuba: *Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 94f.

85 Anregend vor allem James S. Roberts: *Drink, Temperance and the Working Class in Nineteenth-century Germany*, Boston 1984.

war.<sup>86</sup> Biertrinken bot zudem auch eine Möglichkeit geschlechtsspezifische Differenz zu betonen. „Männlichkeit“ maß sich im Bierkonsum: Die Trinkrunden in den nahen Wirtschaftshäusern glichen geselligen und anzüglichen Herrenrunden, in denen Witze erzählt und über Fußball diskutiert wurde. Bier trank Mann „unter sich“, mit den Kumpel und Kollegen, aber nicht oder allenfalls in Ausnahmefällen mit seiner Frau.

Umso heftiger musste die Reaktion der Arbeiter auf die Anordnung des Aufsichtsrates sein, einen zentralen Bestandteil ihrer traditionellen Arbeitsidentität einer neuen, „modernen“ Arbeitsethik zu unterwerfen, deren Rationalitätskriterien „angestammte“ Arbeiterrechte missachteten und als Messlatte die Ergebnisse der Arbeitswissenschaft betrachteten. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in den beiden großen Werken die Nachricht über den Vorstandsbeschluss. Wild diskutierten die aufgebrachtten Arbeiter in ihren Arbeitsgruppen über den Affront der Betriebsleitung. Tumult brach aus, als ein Mitglied der Betriebsleitung die Entscheidung vor den Demonstranten zu erklären versuchte. Er erntete nur Pfiffe, nicht aber Verständnis.<sup>87</sup>

Aber was konnte man tun? Eine Protestnote beschließen, den Betriebsrat oder die Gewerkschaft informieren? Ohne die örtlichen Funktionäre einzuweihen, entschloss sich die Frühschicht in Haidhof, nach der Pause die Arbeit niederzulegen und vor der Sozialabteilung gegen den Beschluss zu demonstrieren. Fast geschlossen befanden sich die Eisenwerker aus Haidhof im Ausstand. Der „wilde Streik“ richtete sich in erster Linie gegen den Vorstand. Seine Aktion sollte aber auch dem Betriebsrat signalisieren, dass die Belegschaft in dieser Frage zu keinen Kompromissen bereit war und die Betriebsräte mit dem Zorn der „Maxhütterer“ rechnen mussten, falls sie nicht willens oder in der Lage dazu seien, die Verordnung auf dem Verhandlungsweg zu Fall zu bringen. Mittlerweile hatte der Streik, der den Führungsanspruch des Betriebsrates in Frage zu stellen drohte, auch auf Sulzbach-Rosenberg übergegriffen. Keiner der Tarifabschlüsse und keine andere Entscheidung des Vorstandes hatte in der Geschichte der Maxhütte nach dem Krieg die Belegschaft in vergleichbarer Weise elektrisiert. Offenbar war hier ein wunder Punkt getroffen, der so sehr in den Bereich der Arbeitsidentität eingriff, dass die sonst disziplinierte und gewerkschaftlich geschlossene Belegschaft zu dem Instrument des „wildes Streiks“ griff und nicht darauf vertrauen wollte, bis der Betriebsrat die Angelegenheit zu ihren Gunsten entschieden hatte. In Bayern, betonte einer der Maxhüttenarbeiter während einer eilig einberufenen Betriebsversammlung, „ist das Bier kein Genußmittel, sondern ein Nahrungsmittel“ und gehöre zum täglichen Leben „wie der Rotwein für die Franzosen“.<sup>88</sup> Eine Sitzung jagte die nächste, und der Betriebsrat versuchte vergeblich, Arbeitsdirektor Zink davon zu überzeugen, dass die Unfallhäufigkeit und der Bierkonsum in keinem direkten Zusammenhang standen.<sup>89</sup> Was die Betriebsräte aber noch er-

86 Für die Geschichte der Arbeiter nach 1945 fehlen hier einschlägige Studien; vgl. einführend und methodisch anregend Ute Vomberg: *Identität und Arbeitserfahrung. Eine theoretische Konzeption zu einer Sozialpsychologie der Arbeit*, Frankfurt am Main 1978; Klaus Tenfelde (Hg.): *Arbeitserfahrung in der Geschichte*, Göttingen 1986.

87 Sammlung Leiss, Aktenvermerk über den Bierstreik am 3. und 4. 3.1960.

88 Zit. nach Duschinger/Zierer: *Glanz*, S. 244.

89 Sammlung Leiss, Gesamtbetriebsrat der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte an den Vorstand vom 23.2.1960.

heblich mehr in Rage brachte, war die Tatsache, dass sie im Vorfeld über die Entscheidung des Vorstandes nicht in Kenntnis gesetzt und um ihre Meinung gefragt worden waren – ein grober Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz, wie Fritz Mertel, der Betriebsratsvorsitzende aus Sulzbach-Rosenberg, fand.<sup>90</sup> Weil auf betrieblicher Ebene keine Einigung zwischen dem Betriebsrat und Arbeitsdirektor zustande kam, riefen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die tarifliche Schlichtungsstelle an. Es war Sonntag, der 6. März, und noch immer befanden sich zahlreiche Arbeiter in Haidhof und Sulzbach-Rosenberg im „wilden Streik“. Er könne zwar den Zorn der Belegschaft verstehen und halte auch die Anliegen für berechtigt, meinte der IG Metall-Bezirkssekretär Eduard Schleinkofer, ein Streik ohne die Führung der Gewerkschaft und ohne die Unterstützung des Betriebsrates sei aber nicht hinnehmbar. Eine Lösung des Konflikts sollte deshalb so rasch wie möglich die eigens nach München berufene Schiedskommission unter Vorsitz des bayerischen Arbeitsministers Walter Stain herbeiführen.<sup>91</sup> Die Verhandlungsposition der Arbeitnehmervertreter war allerdings alles andere als günstig. Zwar schien ihre Kritik an der Form, wie die Anordnung zustande gekommen war, berechtigt. In der Sache waren ihre Argumente jedoch schwach, nachdem in vielen anderen Unternehmen bereits seit längerer Zeit generelles Alkoholverbot bestand und dafür kostenlos Milch und andere Getränke ausgedient wurden. Nach mehr als zehnstündigen Verhandlungen einigten sich beide Seiten darauf, den Alkoholkonsum in zwei Etappen einzuschränken. Zunächst wurde die Anordnung des Vorstandes aufgehoben und der Ausschank von Alkohol wieder unbegrenzt gestattet, allerdings stärker reglementiert als zuvor: Nur noch zwei Stunden pro Schicht war es möglich, Bier zu kaufen und Getränke von zuhause mitzubringen, wurde strikt untersagt. Bei Verstößen sollte in Zukunft hart durchgegriffen werden, und der Betriebsrat stimmte zu, bei Unfällen im Verdachtsfalle Blutuntersuchungen durchführen zu lassen. Bis März 1961 sollte diese Regelung gelten, die ihrerseits alles andere war als die Umsetzung der Belegschaftsforderungen. Obwohl der Betriebsrat den Kompromiss als Erfolg verbuchte,<sup>92</sup> standen die Arbeiter schließlich beinahe mit leeren Händen und ohne Bier da. Ab März 1961 sollte der Alkoholenuss noch weiter reduziert werden und jedes Belegschaftsmitglied pro Schicht nicht mehr als einen halben Liter Bier trinken dürfen. Die Rücknahme des Vorstandsbeschlusses war nicht mehr als ein symbolischer Akt. Die Botschaft des Schlichterspruches war mehr als eindeutig: Alkohol am Arbeitsplatz gefährdet die Arbeitsleistung und die Sicherheit des Betriebes. Einen unbegrenzten Ausschank konnte es deshalb nicht geben. Zwar zeigte sich auch der Arbeitsdirektor unzufrieden über die einjährige Übergangszeit, in der auch weiterhin ohne Limit Bier getrunken werden konnte und die ganz nach dem Geschmack der Arbeiter war,<sup>93</sup> doch letztlich konnte er mit dem Ergebnis zufrieden sein. Der „Einstieg in den Ausstieg“ übermäßiger Mengen Alkohol am Arbeitsplatz war

90 DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 39, Betriebsratssitzung vom 15.2.1960.

91 IGM-ZA im AdsD, 1–1/1795, Kurzniederschrift über die Verhandlungen der tariflichen Schlichtungsstelle vom 6.3.1960.

92 DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 111, Betriebsrat der Maxhütte an den Chefredakteur der Betriebszeitung der Westfalenhütte, vom 17.5.1960.

93 DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 203, Aufsichtsratssitzung der Maxhütte vom 2.8.1960, Sozialbericht Arbeitsdirektor Zink.

damit geschafft. Die Enttäuschung über das Verhandlungsergebnis stand vielen Arbeitern deutlich ins Gesicht geschrieben, als sie am Tag darauf von der Vereinbarung erfuhren. Ein gellendes Pfeifkonzert musste der Sicherheitsbeauftragte über sich ergehen lassen, als er die Belegschaft über die neuen Richtlinien informierte.<sup>94</sup> Was hatte der Betriebsrat getan, um ihre Forderungen zu vertreten? Warum hatte er sie nicht mehr unterstützt? Hatte er sie am Ende sogar verraten? Die Pfiffe galten nicht nur dem Sicherheitsbeauftragten, sondern auch dem Betriebsratsvorsitzenden, der den mageren Kompromiss zu verantworten hatte.

Zwar kehrten die Arbeiter mürrisch wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Ganz von ihren Gewohnheiten ablassen wollten sie allerdings trotzdem nicht. Ihr „Eigen-Sinn“ trotzte den Reglementierungen der Betriebsordnung. Manche begannen, heimlich Flaschen einzuschmuggeln, um sie dann mit ihren Arbeitskollegen zu trinken, andere fälschten die Bierzettel für die Kantine. Immer wieder suchten die Arbeiter nach Möglichkeiten, die Anordnung zu umgehen. Der Betriebsrat dürfte zwar genauso wie die Betriebsleitung zufrieden gewesen sein, dass schon bald nach dem Schlichterspruch die Unfallzahlen tatsächlich zurückgingen. Sein Ansehen und vor allem die Reputation des Betriebsratsvorsitzenden Fritz Mertel war allerdings durch den „wilden Streik“ erheblich beschädigt worden.

Der Bierstreik war nicht irgendeine Form von oberpfälzischer Absonderlichkeit. In ihm spiegelte sich vielmehr der Versuch, auf der Basis eines kollektiv vermittelten und generationsübergreifenden Modells „richtigen“ Arbeitslebens Sicherheit zu konstruieren und deshalb gegen die „normativen“ Verstöße der Betriebsleitung zu protestieren. Bier gehörte als wesentlicher Bestandteil zu diesem Modell hinzu. Zudem empfanden die Arbeiter die Schritte der Unternehmensleitung als gemeinsame Bedrohung. Die Bierverordnung war ein Risiko, eine mögliche Schädigung von außen und ein Schaden, dessen Eintritt zumindest einem Verursacher zurechenbar und damit beeinflussbar war. Die Mitbestimmung bedeutete in diesem Sinne einen Ausbau an Erwartungssicherheit und eine Reduktion von Komplexität, die es den Arbeitnehmern erleichterte, Risiken in ihrem Sinne zu steuern. Was die Bierstreikenden einte und motivierte, war zudem eine gemeinsame Vorstellung von Zeit. Ihre Vorstellung von Sicherheit basierte auf der gemeinsamen Annahme, wie sich die Zukunft verändern würde ohne die Möglichkeit des regelmäßigen Bierkonsums: nämlich eine weitgehende Einschränkung ihrer geselligen und als Erholung so dringend nötig empfundenen Trinkrunden. So verschieden im Einzelnen die Erwartungshaltungen an zukünftige Ereignisse waren, so sehr stimmten die Beschäftigten in ihrer gemeinsamen als Risiko empfundenen Zukunftsprognose überein. Das mobilisierte die Beschäftigten und markierte gleichzeitig auch die Grenze innerbetrieblicher Gemeinsamkeit- und Betriebsfamilienrhetorik der Arbeitgeber.<sup>95</sup> Denn bei jenen dominierte eine Konstruktion von Sicherheit, die sich am möglichst reibungslosen Betriebsablauf und niedrigen Krankenständen orientierte.

Solch eine risikosoziologische Perspektive ist kein Königsweg, kein Paradigmenwechsel. Sie kann aber helfen, zumindest für die Zeit nach 1945, unterschiedliche Stränge der Arbeitergeschichte zu verknüpfen. Sie bietet eines von mehreren Instrumentarien, mit deren Hilfe

<sup>94</sup> Vgl. Duschinger/Zierer: Glanz, S. 244; folgendes nach ebenda.

<sup>95</sup> Vgl. dazu auch Süß: Kumpel, S. 84ff.

Arbeitergeschichte wichtige Teilbereiche der westdeutschen Gesellschaftsgeschichte näher untersuchen kann. Nimmt man industrielle Beziehungen, Produktionsformen und Arbeitsorganisation sowie auch die Arbeiterinnen und Arbeiter als Akteure, Familie, Freizeit und die politischen Organisationen in den Blick, so erhält man eine präzisere Vorstellung davon, wie umfassend die sozialen, politischen und ökonomischen Veränderungen in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren waren, die aus der unsicheren westdeutschen Nachkriegsordnung eine stabile Demokratie formten. Die zeitliche sowie methodische Erweiterung über die 1960er Jahre hinaus bietet zudem die Chance, scheinbar bekannte Themenfelder noch einmal neu zu entdecken. Das gilt beispielsweise für die schon erwähnte Frage nach dem „Ende der Arbeiterbewegung“ und der „Erosion der Arbeitermilieus“. War das sozialdemokratische Milieu tatsächlich einfach in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik so sang- und klanglos von der Bildoberfläche verschwunden? Natürlich: seinen Höhepunkt hatte es längst überschritten, der Nationalsozialismus und der Krieg hatten Vereine und Organisationen zerstört, und langfristige gesellschaftliche Umbrüche, Konsum und Kommunikation, Modernisierung und Urbanisierung hatten in struktureller Hinsicht wichtige konstitutionelle Rahmenbedingungen aufgelöst. Aber einfach verschwunden und aufgelöst? Man muss kein romantisch verklärter, um seine wohlige Partei-Heimeligkeit besorgter Historiker sein, um wissen zu wollen: Wo sind sie eigentlich geblieben, die „Milieureste“, die Erben der einst so stolzen Partei und der Gewerkschaften.

Es sind nicht zuletzt die Jahre um 1968, die sich gegen allzu schablonenhafte Interpretationen sperren. Denn die vielfach gescheiterten Wiedergründungsversuche der alten Arbeiterkultur- und Bildungseinrichtungen in den späten vierziger und fünfziger Jahren sind nur die eine Seite der Medaille. Für die Prägekraft sozialer Milieus ist die Frage nach dem Umbau von Informationen in kollektive Wirklichkeitsvorstellungen und handlungsrelevante Deutungsmuster zentral.<sup>96</sup> Seit Mitte der sechziger Jahre erweiterte sich – auch als Gegenreaktion auf die viel zitierte „Entideologisierung“ der Arbeiterbewegung –, die Wirklichkeitsinterpretation einer neuen Generation sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Aktivisten und Funktionäre. In ihrem Mittelpunkt standen in erster Linie die unterschiedlichen Theorieentwürfe und Spielarten der „neuen“, vielfach marxistisch inspirierten Linken und der oftmals nur sehr oberflächlich aufgesogenen Gedankengebäude der „Frankfurter Schule“. Die, wenn man so will, traditionsbewusste Arbeiterbewegung geriet in ihrem Deutungs- und Begriffsmonopol massiv unter Druck; der Zustrom vieler junger, vor allem männlicher Studenten und Facharbeiter in die SPD führte zu einem neuen Mischungsverhältnis der Träger kollektiver Sinndeutung. Nicht nur die Mitgliederzahlen explodierten förmlich, sondern die Herausforderung durch die „Wählt Willy“-Generation und ihre manchmal sehr kühn vorgetragenen neuen Ideen drängte den vielerorts zunehmend verstaubten Organisationen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften eine Diskussion auf, die sie dazu zwangen, sich um zeit-

<sup>96</sup> Vgl. dazu ausführlich, wenn auch mit Blick auf das katholische Milieu, den konzisen Beitrag des Arbeitskreises für kirchliche Zeitgeschichte (AKKZG): Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe, in: Westfälische Forschungen 43 (1993), S. 588–654, vor allem S. 606ff.

gemäße Antworten auf die Modernisierung und Differenzierung der Gesellschaft zu bemühen. Die Schüler und Studenten, die am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre verstärkt in die SPD eintraten und von denen nicht wenige aus Arbeiter- und kleinen Angestelltenhaushalten stammten, verfügten als jungsozialistische Arbeitsgemeinschaft innerhalb ihrer Mutterpartei über erheblichen Einfluss. Sie begannen, die Partei von Grund auf umzukrempeln, neue Politikfelder und Aktionsformen zu entwickeln und trugen so vielerorts zu einer Revitalisierung des brüchigen sozialdemokratischen Milieus bei.

Der Begriff der Erosion sozialer Milieus kann nur einen, wenn auch völlig unbestritten, zentralen Aspekt der Entwicklungen beschreiben, den das sozialdemokratische Milieu in den Nachkriegsjahren erfuhr. Seine blinden Stellen hat er vor allem an einer Stelle: Dort, wo es um die Frage nach Kontinuitäten und Wandlungsprozessen im inneren Beziehungsgefüge sozialer Handlungsfelder geht. Die Vorannahmen, die dem Begriff der Erosion zugrunde liegen, präjudizieren die Interpretationsrichtung bereits vor der genauen Analyse. Das wird an dem partiellen Elitenwechsel und sozialem Wandel von Sozialdemokratie und Gewerkschaften in den sechziger und frühen siebziger Jahren ebenso deutlich wie im Verhältnis zwischen Betrieb und Milieu. Denn tatsächlich erlitten die sozialdemokratischen Selbsthilfeorganisationen, von denen viele schon das Jahr 1933 bereits nicht überlebt hatten, in den fünfziger und sechziger Jahren einen enormen Bedeutungsverlust. Der Grund dafür war der, wenn man so will, Prozess der Verbetrieblichung des sozialdemokratischen Milieus, der zumindest in den Teilen der schwerindustriellen Zentren Westdeutschlands zu beobachten war. Denn mit der Montan-Mitbestimmung, dem weitgehenden Einflussgewinn der Betriebsräte und Arbeitsdirektoren und der Expansion der betrieblichen Sozialpolitik verlor das Unternehmen seinen ursprünglichen Charakter als Rivale und Gegner der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Durch die basisnahen Stellvertreter, die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Multifunktionäre, die zugleich Mitglied des Betriebsrates waren, wurde die Arbeitnehmerseite in die Unternehmenslogik eingebunden. Zugleich konnte sie viele Ziele erreichen, für die früher das sozialdemokratische und gewerkschaftliche Netzwerk organisiert worden waren: Betriebssport, Arbeiterbildung, Wohnungsbau, Konsumläden und nicht zuletzt die Betriebskrankenkasse, um nur einige Beispiele zu nennen, die nun durch den Betrieb und die Betriebsräte organisiert und finanziert wurden.

Größeres Interesse an der Analyse dieses Prozesses oder der Untersuchung gegenläufiger oder ambivalenter Entwicklung haben Historikerinnen und Historiker bisher kaum gezeigt. Das gilt auch für das Verhältnis zu den „neuen sozialen Bewegungen“ und die Frage: Welchen Anteil hatte die traditionelle Arbeiterbewegung, hatten Sozialdemokratie und Gewerkschaften an ihrer Entstehung, woher stammten die Aktivisten der Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegung? Inwiefern waren diese Gruppierungen selbst Ausdruck des sozialstrukturellen, lebensweltlichen Wandels der industriellen Gesellschaft, für den die Arbeiterbewegung gestritten hatte? Wo gab es Überschneidungen, wo lagen die sozio-kulturellen Trennlinien,<sup>97</sup> wo die generationellen Brüche und Kontinuitäten? Und wie veränderten die

97 Dazu Marica Tolomelli: „Repressiv getrennt“ oder „organisch verbündet“? Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien, Opladen 2001.



neuen sozialen Bewegungen und ihr Gemisch aus Antikapitalismus und Antietatismus die Arbeiterbewegung in organisatorischer, programmatischer und kultureller Hinsicht? Einer der Voraussetzungen für den Wertewandel und die Identitäts- und Sinnkonstruktionen neuer sozialer Bewegungen war die Schwächung der Prägekraft gesellschaftlicher Sozialisationsinstanzen. Ihren Grad an Beharrungskraft, an Erosion und Transformation gilt es künftig verstärkt in den Blick zu nehmen.

Zugleich wird sich mit der zeitlichen Ausdehnung der Arbeitergeschichte in die 1970er Jahre über die Erfolgsstory<sup>98</sup> der westdeutschen Nachkriegsgeschichte künftig auch der ein oder andere Schatten legen;<sup>99</sup> dann nämlich, wenn damit begonnen wird, die atemberaubende Boom- und Vollbeschäftigungsphase bis zur Ölpreiskrise der siebziger Jahre nicht mehr als „Normalzustand“, sondern Ausnahmekategorie der zweiten deutschen Demokratie zu beschreiben.<sup>100</sup> Eine Konsequenz wird beispielsweise eine veränderte Sicht auf die Sozialpolitik der Regierung Adenauer und die schweren Belastungen, die sie für nachwachsende Generationen bedeutete, sein.<sup>101</sup> Und auch die Frage nach dem Ende der ‚Arbeiterkultur‘ dürfte sich noch einmal neu stellen. Dabei wird es dann nicht mehr um den Streit gehen, ob es richtig und notwendig war, die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegungskultur einschlafen zu lassen. Diese Frage ist hinlänglich geklärt. Ertragreicher könnte dagegen eine Diskussion um die „Wiederkehr der Proletarität“<sup>102</sup> werden – freilich nicht in dem Sinne einer pathetisch herbeigesehnten Rückkehr „revolutionärer“ Arbeiter aus dem Geiste „wilder Streiks“. Die „Wiederkehr der Proletarität“ meint dagegen zugespitzt jene generationsübergreifende „Erfahrungskette“<sup>103</sup> der Arbeiterschaft aus Krisenbewusstsein, drohender Arbeitslosigkeit und der Sorge um die Ernährung der Familien, die durch die außergewöhnliche Boomphase zwischen Gründung der Bundesrepublik und Ölpreiskrise nur vorübergehend, aber nicht endgültig durchtrennt worden war. Schichtspezifische Unterschiede blieben weiter bestehen. Noch immer waren Arbeiter trotz verbesserten Gesundheitsschutzes und sinkender Arbeitszeiten häufiger krank und größeren Gefährdungen ausgesetzt als Angestellte, und noch immer lag ihr sparfähiges Vermögen unter dem der Angestellten. Die soziale Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten war in den siebziger Jahren an vielen Stellen deutlich

98 Dazu vor allem Axel Schildt: *Ankunft im Westen. Essays zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1999.

99 Vgl. dazu Wilfried Rudloff: *Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1949 bis 1973*, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hg.): *Bayern im Bund*, Bd. 2: *Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973*, München 2002, S. 347–467.

100 Für diese Perspektive vgl. auch Winfried Süß: *Der westdeutsche Wohlfahrtsstaat in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Perspektiven eines Forschungsfeldes*, in: Jörg Callies (Hg.): *Die Reformzeit des Erfolgsmodells BRD*, Loccum 2004, S. 325–342.

101 Für die Familienpolitik vgl. Christiane Kuller: *Familienpolitik im Bund und in Bayern 1949–1975. Studien zum föderativen Sozialstaat*, München 2004.

102 Vgl. Roth: *Wiederkehr*.

103 Dazu auch Wolfgang Kaschuba: *Volkskultur und Arbeiterkultur als symbolische Ordnungen. Einige volkskundliche Anmerkungen zur Debatte um Alltags- und Kulturgeschichte*, in: Alf Lüdtke (Hg.): *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt am Main 1989, S. 191–224, hier S. 215.

kleiner geworden, aufgelöst hatte sie sich nicht. Besonders mit Blick auf die Jahre nach dem Ölpreisschock, dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit, den großen Rationalisierungs- und Technisierungswellen in den 1980er Jahren gilt es, das Thema soziale Ungleichheit etwa in der Form zunehmend diskontinuierlicher Erwerbsbiographien auch für die Zeitgeschichte neu zu vermessen und sich damit auch denen zuzuwenden, die bisher in der Sozial- und Alltagsgeschichte der Bundesrepublik keinen Platz hatten: den Arbeitslosen. Wenn dies gelingen soll, dann wird sich die Arbeitergeschichte stärker als bisher an die allgemeine Gesellschaftsgeschichte industrieller und postindustrieller Gesellschaften anbinden müssen. Neue Fragen nach Risiko und Sicherheit, Mikropolitik im Unternehmen oder einer „sozialen Politikgeschichte“<sup>104</sup> könnten hier helfen, das kritische Potential zu stärken, das einst der Arbeitergeschichte zu Eigen war. Gut möglich, dass dies wieder gelingt. Totgesagte leben ja bekanntlich länger.

104 Welskopp: Poetik, S. 115.